

Petition für ältere Jobsuchende

ST. GALLEN. Die Sektion Ostschweiz des Vereins 50plus outIn work Schweiz übergibt am Montag, 25. April, vor dem Auftakt der Kantonsratssession vor dem St. Galler Regierungsgebäude die kantonalen Petitionsunterschriften «Bessere Arbeitsmarktchancen für ältere Jobsuchende» an die Staatskanzlei. Der Verein vertritt die Interessen von Personen im fortgeschrittenen Alter, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. In der Herbstsession steht voraussichtlich das BVG-Gesetz im Rahmen der Altersvorsorge 2020 im Nationalrat zur Diskussion. Aufgrund der Ständeratsdebatte sei jetzt schon absehbar, dass die «altersdiskriminierende Staffelung der Beiträge» nicht zu Gunsten einer altersneutralen Lösung abgelöst werde, heisst es in einem Communiqué. (red.)

Aufräumssession wird abgeräumt

Das St. Galler Kantonsparlament ändert seinen Sessionsrhythmus. Es ist aber kein ernsthafter Aufbruch zu einem neuen Sitzungsturnus, vielmehr die Rückkehr zu einem altbekannten.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Sie hat Tradition und einen altertümlichen Namen: Die Aufräumssitzung des Kantonsparlaments. Am Montag, zum Abschluss der Legislatur, ist es wieder so weit: Das Parlament trifft sich zur letzten Session in alter Zusammensetzung und mit dem Vorsatz, den neuen Kolleginnen und Kollegen keine Restanzen aufzubürden.

Am guten Vorsatz wird sich, so die Hoffnung, nichts ändern, auch wenn die diesjährige Aufräumssession die vorläufig letzte ist. Das Parlament trifft sich zwar auch künftig im Frühling – dann zumal allerdings zur Aprilsession.

Das ist nicht ganz neu: Die Frühlingssession war bis zu Beginn der Amtsdauer 2012/2016 fester Bestandteil des Sitzungsturnus des Kantonsparlaments. Doch dann – die Staatsfinanzen waren knapp und knapper geworden – wurde die fünfte Session gestrichen. Errechnetes Sparpotenzial: 170 000 Franken jährlich.

Dreimal drei, zweimal zwei

Heute, der Kanton schwimmt noch immer nicht im Geld, wird der Sessionsrhythmus «optimiert» und die Anzahl Sessionen wieder von vier auf fünf erhöht. Es ist die Einsicht gereift, dass die alte Ordnung nicht so arg schlecht war, umso mehr, als in

den letzten Jahren wiederholt ausserordentliche Sitzungstage nötig waren, insbesondere zur Beratung grösserer Geschäfte (Spitalvorlagen, Baugesetz).

Andere sitzen häufiger

Das Präsidium schlägt dem Parlament nun eine pragmatische Lösung vor: Die Aprilsession wird wieder eingeführt und auf zwei Tage beschränkt. Auch die Session im Februar wird künftig in der Regel nur zwei Tage dauern. So kommt das Parlament neu auf insgesamt 13 Sitzungstage (Februar, April je zwei; Juni, September, November je drei). Heute sind es zwölf.

Zumindest ein Teil der ehemals angestrebten Einsparung

ist damit hinfällig. Von einem rigoros anderen Sitzungsrhythmus wollte das Parlament nichts wissen, der Kanton Zürich etwa kennt 42 Sitzungen, der Thurgau 20, Glarus 15. Ob das Parlament mit dem Abräumen der Aufräumssession Ernst macht, zeigt sich nächste Woche.

Eine Kommission weniger

Auch die ständigen Kommissionen werden neu geregelt. Die aussenpolitische Kommission soll aufgehoben werden; die übrigen vier – Staatswirtschaftliche, Rechtspflege-, Finanz- und Redaktionskommission – werden beibehalten. Auf die Schaffung von Fachbereichskommissionen wird verzichtet.